

Rede am Synagogenbogen Moers zum 9. November 2018

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Teilnehmende dieser Gedenkversammlung, im Namen der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit begrüße ich Sie herzlich. Wir erinnern heute daran, dass vor 80 Jahren die Synagogen in Deutschland brannten. Weit über 1500 jüdische Gotteshäuser waren es im gesamten deutschen Sprachraum, die die Nationalsozialisten in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 in Brand setzten oder schändeten. Die Reichspogromnacht, die mit unzähligen weiteren Diskriminierungs- und Gewaltakten gegen Juden einherging und in NRW allein 127 Todesopfer gefordert hat, bedeutete nicht nur das Ende der jüdischen Gemeinden in Deutschland, sondern sie gilt auch als der eigentliche Beginn der Judenvernichtung. Unbeschreibliches Leid wurde damals in deutschem Namen über die in ganz Europa lebenden Juden gebracht. Auch die kleine Synagoge von Moers wurde in jener Nacht geschändet und gewaltsam für immer geschlossen.

Bei einer Gedenkfeier zur Reichspogromnacht vor 5 Jahren dankte der ehemalige Landesrabbiner von Mecklenburg-Vorpommern „Rabbi Wolff“ der Bundesrepublik dafür, dass ein solches Verbrechen heute in Deutschland unvorstellbar wäre. Umso erschütterter sind wir, wenn wir angesichts zahlreicher Übergriffe in den vergangenen 12 Monaten feststellen müssen: Es gibt wieder offenen Antisemitismus in unserm Land, Juden Hass in reinsten Form. *Täglich* sind mindestens vier antisemitische Straftaten zu verzeichnen, wobei die Tendenz steigend und die Dunkelziffer hoch ist. In den letzten Jahren gab es pro Jahr 9 bis 30 Angriffe auf Synagogen sowie dutzende Schändungen jüdischer Friedhöfe. Man spricht von 15% offenem und 30% latentem Antisemitismus – eine Entwicklung, die die Bundesregierung dazu bewogen hat, einen Antisemitismusbeauftragten einzusetzen.

Wir hören, dass jüdische Schüler beleidigt, bedroht und attackiert werden, so u.a. an dem beehrten Berliner John F. Kennedy-Gymnasium, dessen Leitgedanke lautet: „Toleranz und Respekt für alle Nationalitäten und Kulturen“. An einer Grundschule wird eine jüdische Schülerin von muslimischen Mitschülern gemobbt und bedroht. Schulleitung und Lehrkräfte reagieren aus Sorge, als Rassisten beschimpft zu werden, tolerant gegenüber den Angreifern. Doch Toleranz ist hier nicht der richtige Weg, denn es ist ein *Grundrecht*, nicht beschimpft und bedroht zu werden, wenn man einer bestimmten Religion angehört.

Ein Israeli wird in Berlin von einem Palästinenser beschimpft und mit Gürtelschlägen angegriffen. Der Grund: Er trug eine Kippa – das reichte. In Bonn attackiert ein junger Deutscher mit palästinensischen Wurzeln einen israelischen Professor aus den USA und beleidigt ihn mit den Worten: „Keine Juden in Deutschland!“ Ein Restaurantbesitzer wird in Berlin von einem 60-jährigen Deutschen auf übelste Weise beschimpft. Bei all diesen Zwischenfällen werden Beleidigungen und Bedrohungen laut, wie man sie in unserm Land mit seiner Geschichte nicht mehr für möglich gehalten hätte und die von einer erschreckenden „Normalität der Verachtung“ zeugen.

All das sind keine Einzelfälle. Nachdenklich machten auch die Diskussionen im Rahmen der Ruhrtrienale, die von Antisemitismus und Israelkritik überschattet waren. Massiv verstärkt wurde das Unbehagen durch die Echopreisverleihung an zwei Rapper, die unter dem Deckmantel der Kunst- und Meinungsfreiheit das Elend

von KZ-Insassen verspotteten.

Dass mehr und mehr Tabus gebrochen werden, beweisen auch die Worte des Landeschefs der AFD-Jugend, der den durch die Nazis hingerichteten Hitlerattentäter Stauffenberg als „Feigling“ und „Verräter“ diffamierte oder die Besuchergruppe von Mitgliedern derselben Partei, die einer KZ-Gedenkstätte verwiesen werden musste, da sie mehrfach Tatsachen zum NS-Massenmord in Zweifel zog.

Die aufgeheizte Stimmung im Land erreichte einen Höhepunkt im Spätsommer dieses Jahres, als in Chemnitz ein Mann von zwei Zuwanderern erstochen wurde und ein Bürger Köthens im Streit mit zwei Afghanen den Tod fand. Die Folge war, dass sich Hooligans der Stadt bei hitlergrüßenden Bürgern, und AFD-Politiker bei Neonazis unterhakten. Rechtsextremisten schlugen tagelang Krawall und gingen auf Zuwanderer los. Die Polizei, aus deren Kreisen ebenfalls neonazistische Zwischenfälle bekannt geworden waren, war überfordert. Das Ergebnis: dutzende Ermittlungsverfahren wegen verfassungsfeindlicher Straftaten, so auch gegen den Neonazi David Köckert, der bezüglich der beiden Todesfälle von einem „Abschlachten des deutschen Volkes“ sprach und die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung als „Rassenkrieg gegen das deutsche Volk“ bezeichnet hatte. Man hatte den Tod der beiden Männer für rechtsextremistische und fremdenfeindliche Hassparaden missbraucht und diese als angebliche „Trauermärsche“ ausgegeben.

Statt sich von all denen abzugrenzen, die rechtsaußen stehen und inzwischen die größte Gefahr für die Demokratie darstellen, gab der Innenminister lange Zeit keinen Kommentar, so dass man den Eindruck gewinnen konnte, er stelle sich schützend vor die Rassisten. Das Zusammenspiel mit dem Präsidenten des Verfassungsschutzes funktionierte gut. Beide hielten – im Gegensatz zur Kanzlerin – die öffentliche Kritik für überzogen. Doch dass der rechte Rand immer mehr an Zulauf gewinnt und sich immer stärker radikalisiert, hängt auch damit zusammen, wie ernst der Verfassungsschutz die Gefahr von Rechts nimmt.

Der Innenminister aber sah die Ursache des Übels an anderer Stelle: „Migration sei die Mutter aller Probleme“ – so sein Fazit – ein unverantwortlicher Satz, da er die Propaganda von Rechtsextremisten nur noch befeuert. Und gäbe es eine „Mutter aller politischen Probleme“, wäre das die Tatsache, dass Kriege, Armut, Korruption und anhaltende Unterdrückung Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat bewegen. Wieviel Menschenverachtung verbirgt sich da hinter einem Unwort wie „Asyltourismus“, das die oft todbringende Flucht mit einer Urlaubsreise vergleicht.

Ganz anders dagegen der diesjährige Heinepreisträger, der Bürgermeister von Palermo, *Leolucra Orlando*, dessen Stadt an der Küste Siziliens weit massiver von Flüchtlingsströmen betroffen ist als unser Land. Orlando sagte: „Wer zu uns findet, wird mit offenen Armen empfangen. Als die Schiffe mit Migranten im Hafen anlegten, war ich als Bürgermeister da, um die Menschen zu begrüßen. Unter ihnen ein 15-jähriger aus dem Kongo, der mir auf Französisch ein Lied aus seinem Land vorsang. Am Ende brach er in Tränen aus, weil er seine Mutter nicht vor ihrer Ermordung hatte bewahren können.“ Und Orlando fuhr fort: „Sollten wir uns eines Tages dafür verantworten müssen, was wir den Menschen damit antaten, sie nicht aufgenommen zu haben, werden wir uns nicht wie unsere Großeltern zur Zeit des

Faschismus damit herausreden können, nichts von alledem gewusst zu haben.“ Die lebendige Mischung der Kulturen aber nennt Orlando „den größten Schatz für unsere Zukunft und eine echte alternative Botschaft an Länder, die Mauern gegen Fremde errichten.“

Im Gegensatz zu vielen EU-Staaten, die ihr Heil im Nationalismus suchten, war die Bundesrepublik im Sinne Orlandos um eine humanitäre Flüchtlingspolitik bemüht, was ihr Kritik, aber auch Anerkennung einbrachte, Anerkennung z.B. von einer Frau, die am eigenen Leib erfahren hatte, was Krieg, Flucht und Verfolgung bedeuten. Es war die Schriftstellerin und Holocaust-Überlebende Ruth Klüger, die 2016, 84-jährig, den beschwerlichen Weg aus den USA nach Deutschland auf sich nahm, um bei der Gedenkstunde des Bundestages für die Opfer des Nationalsozialismus zu sprechen. Sie sei mit einem Staunen nach Berlin gereist, einem Staunen über ein Land, das einst Juden wie sie ermordet habe, nun aber unzähligen Menschen in Not helfe.

Als im Rahmen der Vorbereitungen zu 70 Jahren Israel der amerikanische Präsident im Dezember 2017 Jerusalem zur Hauptstadt Israels erklärte und er damit in *einer* Stunde Jahrzehnte amerikanischer Außenpolitik zerstörte, kam es in Berlin von palästinensischer und muslimischer Seite mehrfach zum Verbrennen der israelischen Fahne, Ausdruck der symbolischen Vernichtung des jüdischen Staates. Doch so sehr die Bundeskanzlerin die Entscheidung Trumps missbilligte, so sehr hält sie sich an ihre Zusage, dass die Sicherheit des Staates Israel unverhandelbar und Teil deutscher Staatsraison ist. Zu den antiisraelischen Ausschreitungen am Brandenburger Tor aber sagte sie: „Man muss sich schämen, wenn auf den Straßen deutscher Städte so offen Judenhass zur Schau gestellt wird.“ Die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit in Deutschland gewähre zwar jedem das Recht auf friedliche Proteste. Diese Freiheit sei allerdings kein Freibrief für antisemitische Entgleisungen von Hetze und Gewalt. „Wer in Deutschland leben will, muss versprechen und respektieren, dass die aktive Erinnerung an den Holocaust ebenso deutsche Staatsraison ist wie der Kampf gegen Antisemitismus sowie das Einstehen für die Existenz und die Sicherheit Israels.“

Antisemitismus erleben wir aber nicht nur von muslimischer Seite, sondern er ist, wie u.a. Chemnitz gezeigt hat, vor allem im rechtsextremistischen Lager anzutreffen, besonders dort, wo es keine Aufarbeitung der NS-Vergangenheit gegeben hat. Schon lange vor der Flüchtlingswelle ist es regelmäßig zu antisemitischen Straftaten in Deutschland gekommen, die Polizeischutz für jüdische Einrichtungen fast überall erforderlich machen. Und schließlich ist auch der NSU trauriges Beispiel antisemitischer Bedrohung von rechts. 10 Bürger wurden aus blankem Hass getötet, weil ihre Mörder sich wie einst die Nazis zu Richtern über den Lebenswert eines Menschen erhoben.

Antisemitismus reicht inzwischen weit bis in die Mitte unserer Gesellschaft hinein, aber es gibt ihn auch von links, zumeist in Form massiver Israelkritik, etwa da, wo sich Juden in der Diaspora für die Politik Nethanjahus rechtfertigen müssen oder wo das Verhalten Israels mit dem der Nazis gleichgesetzt wird.

Die Tatsache, dass Antisemitismus wieder mehr denn je in unsrem Land Realität ist, ruft uns in die Verantwortung für den Schutz jüdischer Bürger. Es kann und darf nicht sein, dass Juden in Deutschland wieder in Angst leben müssen. Jede Form von

Rassismus, Populismus und Fremdenfeindlichkeit samt den damit einhergehenden Verschwörungstheorien muss auf entschiedenen Widerstand stoßen und wir sind dankbar für alle Zeichen, die es diesbezüglich im vergangenen Sommer gab, dass Menschen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf die Straße gingen, sie mit Aktionen wie „Berlin trägt Kippa“ Solidarität zeigten und auch unsere Stadt auf die Schändung von Stolpersteinen und Nazischmierereien mit der Demonstration „Moers gegen rechts“ öffentlich reagiert hat.

Verantwortung aber übernehmen wir auch, wenn wir uns dem immer lauter werdenden Ruf nach dem „Schlusstrich“ entgegenstellen und die Erinnerung an unsere Geschichte wachhalten, um daraus zu lernen. Darum fahren jedes Jahr Schülergruppen des Adolfinums nach Auschwitz und darum verlesen Jungen und Mädchen der Pattberg-Realschule Jahr für Jahr bei der Gedenkstunde zum 9. November die Namen der aus unserer Stadt ermordeten jüdischen Mitmenschen, um so die Erinnerung an sie wachzuhalten.

Ein solches Zeichen gegen das Vergessen hat auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier gesetzt, als er im Sommer dieses Jahres die Vernichtungsstätte der Nazis „Maly Trostenez“ in Weißrussland besuchte. Steinmeier sagte: „Das Leid, das damals über dieses Land und seine Nachbarn kam, war Menschenwerk“ und es sei unsere Verpflichtung das Wissen um das, was hier geschah, lebendig zu halten. Der Bundespräsident war aber nicht nur nach Weißrussland gereist, um jenen weitgehend vergessenen Ort des Grauens ins Bewusstsein zurückzuholen. Seine Reise war auch ein innenpolitisches Signal an die AfD, von der mit Blick auf die NS-Verbrechen eine radikale Erinnerungswende gefordert wird. „Man muss uns diese 12 Jahre nicht mehr vorhalten, sie betreffen unsere Identität heute nicht mehr“ hatte ihr Vorsitzender Gauland verlauten lassen. Dabei wischte er das Leid von Millionen Opfern kurzerhand beiseite, indem er eine Metapher der Verächtlichkeit an seine Stelle setzte. Steinmeier sagte: „Ich schäme mich für derartig verharmlosende Begriffe, wie sie für die Zeit des Nationalsozialismus von deutschen Politikern verwendet werden. Wer heute diese Zeit mit ihren Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, kleinredet oder relativiert, verhöhnt nicht nur die Opfer, sondern sät auch neuen Hass.“ Gauland und seine Parteifreunde haben nicht verstanden, dass der Nationalsozialismus keine „Episode“ war – er war ein einzigartiger Zivilisationsbruch. Die Erinnerung an das Verbrechen und die Lehre daraus können gar nicht präsent genug sein, umso mehr als 80 Jahre danach die Zeitzeugen rar werden.

Ich möchte schließen mit einer Geschichte der Hoffnung: Die Kreuzberger Synagoge am Frankelufer, von der nur noch ein Seitenflügel steht, soll als erste Synagoge Berlins für die anwachsende jüdische Gemeinde wiederaufgebaut werden, nachdem Nazis sie 1938 in Brand gesetzt und alles verwüstet hatten. Die Synagoge war die erste in Berlin, in die nach dem Krieg wieder Leben einkehrte, als in dem letzten intakten Teil des Gebäudes amerikanische Soldaten zusammen mit KZ-Überlebenden und jüdischen Waisenkindern beteten. Angeregt hat den Wiederaufbau *Raed Saleh*, Fraktionschef der Berliner SPD. Saleh ist ursprünglich Palästinenser. Als Fünfjähriger war er mit seinen Eltern aus dem Westjordanland nach Berlin gekommen, wo er mit acht Geschwistern in einer Plattenbauwohnung aufwuchs. Seit Jahren setzt er sich für

jüdisches Leben in der Hauptstadt ein. Die Idee mit dem Neubau der Synagoge kam ihm am 9. November des vergangenen Jahres... Ein muslimischer Politiker, der sich für den Wiederaufbau einer Synagoge einsetzt – ein starkes Zeichen der Versöhnung, der Mitmenschlichkeit und der Verständigung zwischen Völkern und Religionen. Wir dürfen uns darüber freuen und daraus lernen. Denn wo so etwas geschieht, „öffnen“ sich „Tore der Gerechtigkeit“, wie auf diesem Bogen uns zur Mahnung geschrieben steht.